

Antworten auf die Fragen zur Veranstaltung „Queere Townhall zur Landtagswahl 2026“

1. Rheinland-Pfalz ist vielfältig – die queere Community

Lassen Sie sich bei Ihrem Eingangsstatement leiten von den Fragen:

- Wie nehmen Sie die Anliegen und Probleme von Personen der LSBTIQ+ Community wahr? Wo sehen Sie Handlungsbedarfe?
- Wo sehen Sie Rheinland-Pfalz queerpolitisch in 5 Jahren? Welche 3 Ziele möchten Sie als MP in dieser Zeit erreicht haben?

Wir sehen mit Sorge, dass das gesellschaftliche Klima rauer wird. Antisemitismus, Fremdenfeindlichkeit und auch Queerfeindlichkeit nehmen zu. Als CDU wünschen wir uns, dass die hier gestellten Fragen in fünf Jahren in dieser Form bedeutungslos geworden sind, denn unser Bild von Rheinland-Pfalz ist klar: Wir wollen ein Land sein, in dem Menschen, ungeachtet ihrer sexuellen und geschlechtlichen Identität, überall frei und sicher leben können. Der Staat hat keinen Platz im Privatleben der Menschen. Familie ist, wo Menschen füreinander Verantwortung übernehmen. Dabei gewinnt auch die Gesellschaft insgesamt.

Wir sehen die großen Erfolge der letzten Jahrzehnte, die wir fortführen und langfristig planbar absichern wollen. Konsequente Verfolgung von Queerfeindlichkeit ist uns ein Anliegen.

2. Schutz durch Gesetz

Werden Sie die Abschaffung des Bezugs zum Sittengesetz als Einschränkung der freien Entfaltung der Persönlichkeit (Artikel 1 der RLP Landesverfassung) umsetzen?

Der Verweis auf das Sittengesetz in der rheinland-pfälzischen Landesverfassung beschreibt die grundsätzlichen Grenzen individueller Freiheit. Er macht deutlich, dass persönliche Entfaltung dort endet, wo sie die Rechte anderer oder das Gemeinwohl gefährdet, und ist als ethisch-moralische Schranke auch im Grundgesetz verankert. Wir sehen derzeit keinen Anlass zu einer Änderung der Landesverfassung. Stattdessen wollen wir die tatsächliche Situation der Menschen in Rheinland-Pfalz verbessern und uns gegen jede Form der Diskriminierung einsetzen.

Werden Sie sich für ein Landesgleichbehandlungsgesetz einsetzen?

Hierzu finden derzeit Beratungen im rheinland-pfälzischen Landtag statt. Die Stellungnahmen und Einordnungen möchten wir gerne abwarten und uns abschließend festzulegen.

Werden Sie im Bundesrat Initiativen ergreifen, die die rechtliche Gleichstellung queerer Menschen herstellt oder garantiert:

- Ergänzung Artikel 3.3 Grundgesetz um das Merkmal sexuelle und

geschlechtliche Identität

- Änderung des Abstammungsrechts zur Gleichbehandlung gleichgeschlechtlicher Partnerschaften und Berücksichtigung binärer und nicht-binärer trans* Personen in ihrem erklärten Geschlecht
- keine Änderung des Selbstbestimmungsgesetzes. Auch keine Weiterleitung von Namenslisten ohne berechtigtes Interesse an Behörden

Ergänzung Artikel 3.3 GG: Einer Grundgesetzänderung stehen wir tendenziell skeptisch gegenüber, sehen aber zum aktuellen Zeitpunkt auch keinen Anlass dazu. Die Wirkung des Grundgesetzes bezieht sich bereits jetzt auf die geschlechtliche und sexuelle Identität und bietet entsprechenden Schutz vor Diskriminierung.

Abstammungsrecht: Wir sehen die Hürden queerer Paare bei der Anerkennung als Eltern. Bei etwaigen Änderungen im Abstammungsrecht wollen wir uns vom Kindeswohl leiten lassen.

Selbstbestimmungsgesetz: Im Koalitionsvertrag der Bundesregierung ist eine Evaluation des Selbstbestimmungsgesetzes bis Juli 2026 vorgesehen, die als Grundlage für mögliche Anpassungen dienen wird. Ein besonderes Augenmerk soll dabei auf dem Schutz von Kindern, Jugendlichen und Frauen, den Fristsetzungen beim Wechsel des Geschlechtseintrags sowie der besseren Nachverfolgbarkeit von Namensänderungen bei berechtigtem öffentlichem Interesse liegen.

3. Öffentlichkeit bedeutet Sichtbarkeit

Wie kann das Land durch Kampagnen, PR- und Medienarbeit durch Sichtbarkeit die Akzeptanz von queeren Menschen fördern?

Wir halten es für wichtig, dass queere Menschen sichtbar sind und sehen es als selbstverständliche Aufgabe, diese Sichtbarkeit zu unterstützen.

Werden Sie eine Kampagne „Rheinland-Pfalz ist Vielfaltland“ als Landeskampagne aufsetzen?

Wir wollen, dass Politik und Verwaltung in ihrer Arbeit die Belange aller Bürgerinnen und Bürger – inklusive der Anliegen queerer Menschen – mitdenken. Wir stehen dieser Kampagne daher positiv gegenüber.

Werden Sie auch künftig die Regenbogenfahne an den Ministerien und der Staatskanzlei zu besonderen Anlässen (IDAHOBIT/CSD) hissen?

Zu offiziellen Mahn- und Gedenktagen soll auch künftig die Regenbogenflagge gehisst werden. Das praktizieren wir als CDU Rheinland-Pfalz bereits seit vielen Jahren vor unserer Landesgeschäftsstelle.

Wie möchten Sie die Möglichkeiten zur Schirmherrschaft, bzw. als Gastgeber*in eines Empfangs des Landes zum CSD nutzen?

Schirmherrschaft ist immer eine Möglichkeit, einzelnen Themen und Gruppen Sichtbarkeit zu geben. Das ist uns auch mit Blick auf die Belange queerer Menschen sehr wichtig. Die Möglichkeit einer Schirmherrschaft nehmen wir deshalb gerne wahr.

Welche Maßnahmen wollen Sie ergreifen, um die touristische Attraktivität von RLP

für queere Besucher*innen zu erhöhen?

Wir wollen die Rahmenbedingungen schaffen, damit queeres Leben überall im Land frei und ohne Einschränkungen möglich ist. Das ist aus unserer Sicht auch die Grundlage dafür, dass sich queere Besucherinnen und Besucher in Rheinland-Pfalz wohlfühlen können. Die Rheinland-Pfälzerinnen und Rheinland-Pfälzer sind geborene Gastgeber – wir nehmen Menschen so wie sie sind und heißen sie gerne bei uns willkommen.

Werden Sie die Auslobung „Queer Wein“ fortführen?

Wir sehen die Herausforderungen, vor denen queere Menschen stehen, und begrüßen daher grundsätzlich Maßnahmen und Projekte, die die Lebenswirklichkeit verbessern.

4. Landesregierung ressortübergreifend

Wie wird die Landesregierung der Diskriminierung von LSBTIQ+ Personen entgegenwirken? Wie kann gesellschaftliche Akzeptanz durch die Landesregierung gefördert werden?

Wir stellen uns entschieden gegen jede Form der Diskriminierung queerer Menschen. Dabei setzen wir auf konsequente Anwendung und Durchsetzung geltenden Rechts. Hass und Hetze haben in unserem Land keinen Platz.

Werden Sie den Aktionsplan Rheinland-Pfalz unterm Regenbogen fortführen und ausbauen?

Wir wollen kontinuierlich im Austausch mit der queeren Community stehen, um spürbare Verbesserungen im alltäglichen Leben zu erreichen.

Wo sehen Sie den „Queerbeauftragten“ künftig angesiedelt, mit welchem Stellen und Budget-Umfang sollte diese Stelle sinnvollerweise ausgestattet sein?

Unser Ziel ist es, Bürokratie zurückzubauen. Für uns ist das Ministerium für Familie, Frauen, Kultur und Integration der geeignete Ort für den Queerbeauftragten des Landes. Daher begrüßen wir die derzeitige Struktur.

Wie wollen Sie die „Strategie Vielfalt“ der Landesregierung weiterentwickeln?

Welche konkreten Maßnahmen wollen Sie ergreifen?

Die Strategie Vielfalt ist die Grundlage, auf der eine Vielzahl an Einzelmaßnahmen aufzubauen. Wir begrüßen diese Strategie und werden sie entsprechend weiterentwickeln.

Wie wollen Sie die Landesantidiskriminierungsstelle künftig ausstatten? Wo wollen Sie sie innerhalb oder außerhalb der Ministerien verorten?

An der Verortung der Landesantidiskriminierungsstelle des Landes am Ministerium für Familie, Frauen, Kultur und Integration sehen wir derzeit keinen Veränderungsbedarf.

5. Bildung

Wie werden Sie das Bildungsangebot in RLP ausgestalten, dass auch queere Menschen gleich gute Lernchancen haben und vor Ausgrenzung und Mobbing geschützt sind?

Bildungsgerechtigkeit ist für uns ein zentrales Anliegen und muss jedem Kind – unabhängig von Herkunft, Glauben oder sexueller und geschlechtlicher Identität –

zuteilwerden. Schulen müssen sichere Orte für alle Kinder sein, das ist für uns nicht verhandelbar.

Wie werden Sie das Bildungsprojekt SCHLAU RLP in Zukunft fördern, bzw. ausbauen?

Wir begrüßen das Projekt und werden es bei der Neuausrichtung unseres Bildungsangebots in Rheinland-Pfalz mitberücksichtigen.

Werden Sie eine Überarbeitung der Lehrpläne im Hinblick auf eine bessere Darstellung marginalisierter Gruppen auf den Weg bringen?

Lehrpläne sollen die Lebensrealität und Vielfalt der gesamten Gesellschaft widerspiegeln, ohne eine Wertung der jeweiligen Lebensformen vorzunehmen. Queeres Leben ist selbstverständlich ein Teil unserer Gesellschaft.

Werden Sie das Qualitätssiegel „Schule der Vielfalt“ fördern?

Ja.

Werden Sie sich für eine KMK Richtlinie zu sexueller und geschlechtlicher Vielfalt einsetzen?

Auch hier gilt für uns, dass der Schulunterricht die Lebensrealität und die Vielfalt unserer Gesellschaft widerspiegeln soll. Wir werden deshalb geeignete Maßnahmen ergreifen, um entsprechende Sichtbarkeit, auch an Schulen, sicherzustellen.

Werden Sie gendergerechte Sprache in Schule und Verwaltung als Empfehlung unterstützen?

Nein. Wir respektieren individuelle Entscheidungen von Privatpersonen in Bezug auf Schrift und Sprache. Die Verwaltung soll sich jedoch an den Empfehlungen des Rates für deutsche Rechtschreibung orientieren.

Unterstützen Sie die Akzeptanz des Ergänzungsausweises der dgti e.V. als niederschwellige Akzeptanzmöglichkeit in der Schule, damit eine Personenstandsänderung nach dem Selbstbestimmungsgesetz nicht erzwungen werden kann?

Ja, wir unterstützen die gängige Praxis unserer Verwaltungen – die auch Schulen umfasst – und vom Bundesministerium des Innern anerkannt ist, Ergänzungsausweise in Kombination mit einem gültigen amtlichen Ausweisdokument anzuerkennen.

6. Wirtschaft und Arbeit

Werden Sie dafür werben, dass möglichst viele Unternehmen und Verwaltungen die „Charta der Vielfalt“ unterzeichnen?

Das Land Rheinland-Pfalz hat die „Charta der Vielfalt“ bereits unterzeichnet und damit ein klares Signal im Hinblick auf die Verwaltungen gegeben. Unternehmerinnen und Unternehmer sollen in ihrer finalen Entscheidung frei sein.

Werden Sie sich dafür einsetzen, dass in Unternehmen und Behörden Ansprechpersonen benannt werden - analog zu Artikel 13 AGG - die intersektional beraten können?

Wir müssen in Verwaltungen eine Kultur schaffen, in denen solche Ansprechpartner nicht notwendig sind und ein offener Austausch stattfinden kann. Die Einrichtung entsprechender Ansprechpersonen in Unternehmen möchten wir diesen selbst überlassen.

Werden Sie sich dafür einsetzen, dass in allen Ausbildungsberufen verpflichtende Module zur Akzeptanz von Vielfalt als Grundlage demokratischer Teilhabe eingeführt werden, die intersektional mit expliziter Nennung queerer Belange ausgerichtet sind?

Demokratiebildung ist selbstverständlicher Teil von schulischer und beruflicher Bildung. Im Zuge dessen werden auch verschiedene Lebensmodelle behandelt. Im Fokus beruflicher Bildung soll weiterhin das Erlangen beruflicher Qualifikation stehen.

Werden Sie sich dafür einsetzen, dass in Unternehmen und Behörden queere Mitarbeiter*innen Netzwerke gefördert werden?

Den Zusammenschluss von Interessensvertretungen begrüßen wir. Dazu gehören selbstverständlich auch Netzwerke für die Belange von queeren Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern.

Werden Sie sich dafür einsetzen, dass IHK und HWK und Gewerkschaften Programme zur Förderung der Sichtbarkeit queerer Menschen in ihren Verbänden auflegen?

Kammern und Gewerkschaften organisieren sich selbst. Das ist eine deutsche Erfolgsgeschichte. Es liegt aus unserer Sicht im eigenen Interesse von Kammern und Gewerkschaften, die gesamte Bandbreite ihrer Mitgliedschaft adäquat zu repräsentieren.

7. Arbeitsrecht & Diskriminierungsschutz

Wie wollen Sie sicherstellen, dass queere Beschäftigte in Rheinland-Pfalz wirksam vor Diskriminierung im Job geschützt sind – auch in kleinen und mittleren Unternehmen, wo es keine Diversity-Abteilungen gibt?

Das Allgemeine Gleichbehandlungsgesetz gilt. Geltendes Recht muss konsequent angewendet werden. Das gilt auch für den Schutz vor Diskriminierung in kleinen und mittleren Unternehmen.

Planen Sie Initiativen, um trans* und inter* Personen beim Zugang zum Arbeitsmarkt und bei rechtlicher Anerkennung (z. B. Namens- und Personenstandsänderungen, unkomplizierte Dokumentenänderungen) zu unterstützen?

Das Selbstbestimmungsgesetz gilt und die entsprechenden gesetzlichen Regelungen sind umzusetzen.

Welche Maßnahmen wollen Sie ergreifen, um die Landes-Antidiskriminierungsstelle bekannter, besser ausgestattet und auch regional in RLP zugänglicher zu machen?

Für uns ist es wichtig, weiter zu sensibilisieren und die Öffentlichkeitsarbeit fortzuführen.

8. Wirtschaft und Diversity

Wie werden Sie Unternehmen in Rheinland-Pfalz dazu motivieren, Diversity & Inklusion als Wirtschaftsfaktor zu begreifen – nicht als „Nice to have“?

Wir wollen nicht in freie unternehmerische Entscheidungen eingreifen. Wir begrüßen es, wenn Unternehmen Sensibilisierungsmaßnahmen auf den Weg bringen.

Welche Anreize (z. B. Fördermittel, Auszeichnungen, Wettbewerbe) haben Sie geplant, um queerfreundliche Unternehmenskultur zu fördern?

Wir wollen nicht in freie unternehmerische Entscheidungen eingreifen.

Welche Förderprogramme für queere Gründer*innen und KMU mit Diversity-Strategie werden Sie auflegen?

Die sexuelle und geschlechtliche Identität ist kein Maßstab für staatliches Handeln. Gründerinnen und Gründer werden ungeachtet ihrer sexuellen und geschlechtlichen Identität gleichbehandelt bzw. gefördert. Für uns zählen Innovation und Unternehmergeist.

Setzen Sie sich für eine verpflichtende Berichterstattung zu Diversity & Gleichstellung in größeren Unternehmen ein, ähnlich wie bei Nachhaltigkeitsberichten?

Wir wollen keine weiteren Berichtspflichten schaffen und Unternehmen mit zusätzlicher Bürokratie belasten. Ungeachtet dessen liegt es im eigenen Interesse der Unternehmen, für eine offene und diverse Unternehmenskultur zu sorgen.

9. Arbeitsmarkt und Fachkräftemangel

Wie wollen Sie sicherstellen, dass Rheinland-Pfalz im Wettbewerb um Fachkräfte durch sichtbar queerfreundliche Rahmenbedingungen attraktiver wird?

Es liegt im eigenen Interesse der Unternehmen, für eine offene und diverse Unternehmenskultur zu sorgen. Ferner wollen wir Rheinland-Pfalz im Allgemeinen attraktiver für Fachkräfte und junge Familien machen.

Werden Sie Programme auflegen, um queere Gründungen & Selbstständige zu fördern?

Wir wollen Gründerinnen und Gründer ungeachtet ihrer sexuellen und geschlechtlichen Identität fördern.

Wie wollen Sie sicherstellen, dass queere Menschen im ländlichen Raum nicht benachteiligt sind – etwa durch Vernetzungsprogramme, Coworking-Modelle oder Beratungsangebote?

Es gibt in Rheinland-Pfalz vielfältige Beispiele für gelingendes queeres Leben auf dem Land. Zentrales Element ist vielfach der Respekt und die Akzeptanz. Hieran müssen wir weiter durch Bildung und Sensibilisierung arbeiten.

10. Trans* und Inter am Arbeitsplatz

Welche Pläne haben Sie, damit Trans- und Interpersonen niedrigschwelligen Zugang zu Qualifizierung, Umschulung und Beschäftigung erhalten?

Wir wollen, dass alle Menschen in Rheinland-Pfalz ungeachtet ihrer sexuellen und

geschlechtlichen Identität niedrigschwelligen Zugang zu Qualifizierung, Umschulung und Beschäftigung erhalten.

Werden Sie dafür sorgen, dass es Verbindlichkeit bei inklusiven Personal-Prozessen gibt (z. B. geschlechtsneutrale Formulare, Anerkennung des selbstgewählten Namens im Arbeitsumfeld, unabhängig von Standesamtsprozessen)?

Wir wollen Unternehmen keine zusätzlichen bürokratischen Lasten auferlegen. Es liegt im eigenen unternehmerischen Interesse, für eine entsprechend offene Unternehmenskultur zu sorgen.

Werden Sie Unternehmen verpflichten, verbindliche Maßnahmen für die Anerkennung und Unterstützung von Trans- und Interpersonen im Arbeitsumfeld zu schaffen?

Das Selbstbestimmungsgesetz gilt und ist anzuwenden. Weitere bürokratische Hürden wollen wir den Unternehmen nicht auferlegen. Ungeachtet dessen liegt es im eigenen unternehmerischen Interesse, für eine entsprechend offene Unternehmenskultur zu sorgen.

11. Soziale Sicherheit & Gleichstellung

Was wollen Sie konkret tun, um queere Familien- und Lebensformen auch im Arbeitsleben abzusichern (z. B. Elternzeit, Pflegezeit, Hinterbliebenenversorgung)?

Ungeachtet der geschlechtlichen und sexuellen Orientierung gelten die arbeits- und sozialrechtlichen Regelungen für alle Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer.

Welche Maßnahmen planen Sie, um queere Menschen in Ausbildungs- und Praktikumsprogrammen vor Diskriminierung zu schützen?

Das Allgemeine Gleichbehandlungsgesetz gilt. Geltendes Recht muss konsequent angewendet werden. Das gilt auch für den Schutz vor Diskriminierung in der Ausbildung und bei Praktika.

Welche Maßnahmen wollen Sie zum Schutz queerer Lebensformen in Arbeitsrecht & Sozialversicherung auf den Weg bringen?

Ungeachtet der geschlechtlichen und sexuellen Orientierung gelten die arbeits- und sozialrechtlichen Regelungen für alle.

12. Gesundheit

Welche Maßnahmen werden Sie in einer künftigen Landesregierung ergreifen, um die psychische und körperliche Gesundheitsversorgung für queere Menschen zu verbessern?

In einer künftigen Landesregierung wollen wir die Gesundheitsversorgung für alle Rheinland-Pfälzerinnen und Rheinland-Pfälzer verbessern. Dabei ist es uns ein Anliegen, insbesondere auch geschlechtersensible Medizin zu stärken.

Welche Maßnahmen werden Sie in einer künftigen Landesregierung ergreifen, um die Versorgung für queere Menschen im Fall der Pflege (ambulant/stationär) zu verbessern?

In einer künftigen Landesregierung wollen wir die Situation in der Pflege für alle Rheinland-Pfälzerinnen und Rheinland-Pfälzer verbessern. Das bedeutet für uns, dass wir auch die besonderen Bedarfe berücksichtigen.

Wie werden Sie das Qualitätssiegel „Lebensort Vielfalt“ fördern?
Wir werden das bestehende Programm fortführen.

Wird die künftige Landesregierung ihrer Aufsichtspflicht über den Medizinischen Dienst im Land wahrnehmen, damit trans*, inter* und nicht-binären Personen nicht länger eine leitliniengerechte Begleitherapie verweigert wird?

Wir sehen Handlungsbedarf im genannten Themenfeld und wollen mit Akteuren ins Gespräch gehen.

13. Sicherheit

Wie werden Sie die Sicherheit queerer Menschen in rheinland-pfälzischen Institutionen verbessern? Wie wollen Sie die Polizeiarbeit in RLP so ausrichten, dass eine barriearme Ansprache für queere Menschen gegeben ist?
Wir wollen in den Institutionen und Polizeibehörden sowie vorgelagert in der Ausbildung staatliche Bedienstete verstärkt für die Belange von queeren Menschen sensibilisieren.
Klare Ansprechpartner in den Behörden sollen zudem für einen niedrigschwelligen Zugang sorgen.

Werden Sie ein Landespräventionskonzept erarbeiten lassen, das den Schutz queerer Menschen explizit beinhaltet?

Wir stehen für ein Rheinland-Pfalz, in dem Ausgrenzung, Diskriminierung und Hass und Hetze jeglicher Art keinen Raum haben. Wir werden hierzu bestehende Gesetze konsequent anwenden und notwendige Maßnahmen treffen, um auf ein sicheres und tolerantes Rheinland-Pfalz hinzuwirken.

Werden Sie die Ansprechstelle LSBTI bei der Polizei RLP weiter ausbauen auf zwei Vollzeitäquivalente, sowie eine Stundenentlastung ermöglichen für die regionalen Ansprechpersonen?

Ja.

Werden Sie eine öffentlichkeitswirksame Kampagne der Polizei RLP initiieren zur Akzeptanz queerer Menschen?

Wir wollen, dass unsere Polizeibeamtinnen und Polizeibeamten bereits in der Ausbildung für alle in unserer Gesellschaft vorkommenden Lebensformen sensibilisiert werden. Wir nehmen wahr, dass es seitens der queeren Community historisch bedingt immer noch Vorbehalte und Ängste gegenüber der Polizei gibt. Das wollen wir durch entsprechende Ausbildung und Sensibilisierung ändern.

Wie werden Sie die Vernetzung der verschiedenen Meldestellen gegen gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit fördern?

Wir werden die Vernetzung der Meldestellen unter anderem durch konsequente Digitalisierung, einheitliche Schnittstellen und datenschutzkonforme Kommunikation vorantreiben.

Werden Sie den Aktionsplan gegen gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit fortsetzen und ausbauen?

Ja.

Werden Sie das Netzwerk "Diskriminierungsfreies Rheinland-Pfalz" unterstützen und fördern als Ansprechstelle für intersektionale Diskriminierungsarbeit?

Ja.

Wie können queere Opfer oder Zeug*innen von Hass und Gewalt besser unterstützt und geschützt werden? Wie können Angebote der Opferhilfe und -beratung ausgebaut und vernetzt werden?

Entsprechend sensibilisierte und ausgebildete Beamtinnen und Beamte sind adäquate Ansprechpersonen für alle Opfer von Hass und Gewalt. Wir begrüßen, dass etablierte Einrichtungen im Land auch queere Menschen und ihre besonderen Bedarfe berücksichtigen.

14. Queere Familien

Wo sehen Sie Potential, queere Eltern bei der Gründung einer Familie zu unterstützen?

Wir sehen nicht die sexuelle Identität, sondern Menschen, die füreinander Verantwortung übernehmen wollen. Die entsprechenden Rahmenbedingungen gelten dabei für alle Lebensentwürfe, in dem wir die gesetzliche Gleichstellung unterstützen.

Wie kann es gelingen, queeren Eltern mehr Wertschätzung und Wohlwollen zu vermitteln?

Respekt und Akzeptanz sind für uns keine Frage der geschlechtlichen und sexuellen Identität. Sichtbarkeit schafft Akzeptanz – Akzeptanz schafft Respekt. Hilfreich kann dabei sein, wenn Einrichtungen entsprechende Signale der Offenheit senden.

Welche Möglichkeiten sehen Sie, in den Kitas des Landes Kita-Mitarbeiter*innen zu queeren Themen/queerer Elternschaft zu sensibilisieren?

Wir begrüßen Sensibilisierungsprogramme der Kommunen, in deren Trägerschaft die Kitas liegen.

Wie wollen Sie Homosexuellenfeindlichkeit/Trans*-Feindlichkeit, Diskriminierung und Ausgrenzung queerer Jugendlicher in Schulen und Sporteinrichtungen begegnen?

Durch Bildung, Sichtbarkeit sowie die konsequente Anwendung der entsprechenden gesetzlichen Regelungen aus dem Schul- sowie, wo nötig, dem Strafrecht.

Welche Partner*innen wollen Sie gewinnen, um ein breiteres Angebot queerer Jugendarbeit zu schaffen? Wie können hier auch Angebote für Kinder aus Regenbogenfamilien geschaffen werden?

Die bestehenden Netzwerke leisten aus unserer Sicht gute Arbeit. Mit diesen Netzwerken wollen wir durchgängig im Austausch bleiben. Wir erwarten, dass die Netzwerke auf Bedarfe queerer Menschen eingehen.

15.Jugend

Wie stellen Sie sicher, dass die deutlich erhöhte Suizidrate bei queeren Jugendlichen ggü gleichaltrigen hetero/cis Jugendlichen strukturell so bekämpft wird, dass sie zurückgeht?

Durch Sichtbarkeit von Vorbildpersonen und Einrichtungen, niedrigschwellige Hilfsangebote und ein konsequentes Vorgehen gegen Hass, Hetze und Gewalt in allen Lebensbereichen und insbesondere an Bildungseinrichtungen. In einer künftigen Landesregierung wollen wir zudem die psychische Gesundheitsversorgung für alle Rheinland-Pfälzerinnen und Rheinland-Pfälzer verbessern.

Welche Maßnahmen möchten Sie treffen, um Jugendeinrichtungen queerfreundlich zu gestalten?

Wir schätzen die Trägervielfalt der Jugendeinrichtungen. Es ist Aufgabe dieser Träger, für ein Klima der Offenheit und Toleranz zu sorgen.

Sind Sie bereit, in den Oberzentren von Rheinland-Pfalz queere Jugendeinrichtungen zu installieren?

Anlaufstellen für Jugendliche müssen vor Ort errichtet und betreut werden. Die Trägervielfalt in Rheinland-Pfalz sorgt dafür, dass Jugendliche die zu ihnen passende Einrichtung auswählen können. Wir gehen davon aus, dass die Einrichtungen queersensibel arbeiten.

16.Queere Geflüchtete

Werden Sie die Aufnahme queerer Geflüchteter nach Rheinland-Pfalz fortführen?
Ja. Verfolgung aufgrund der sexuellen Orientierung ist ein anerkannter Asylgrund.

Werden Sie die Arbeit der queeren Selbsthilfegruppen im Land zur Betreuung queerer Geflüchteter fortsetzen und ausbauen?

Ja.

Wie kann eine verbesserte Gewaltprävention in Unterkünften für Geflüchtete aussehen? Wen Halten Sie hierzu für sinnvolle Partner*innen?

Durch Schutzkonzepte für gefährdete Personenkreise, Anlaufstellen für Betroffene sowie die konsequente Anwendung und Durchsetzung geltenden Rechts.

Werden Sie die Einrichtung regionaler Fachberater*innen für queere Geflüchtete fördern?

Wir sehen die Herausforderungen queerer Geflüchteter und werden sicherstellen, dass sich die zuständigen staatlichen Stellen dieser Herausforderungen bewusst sind.

Wie können Geflüchteten besser die Menschen- und Bürgerrechte queerer Personen vermittelt werden?

Wir setzen uns für verpflichtende Integrationsmaßnahmen ein. Neben der obligatorischen Sprachvermittlung gehört dazu auch die Vermittlung unseres Werte- und Rechtssystems. Wer sich nicht an geltendes Recht hält, muss mit Konsequenzen rechnen. Das gilt selbstverständlich auch für den Schutz queerer Menschen.

Werden Sie einen schnellere Neubewertung von staatlicher Verfolgung speziell von trans* Personen in Herkunftsländern wie den USA vom Bund fordern?

Aktuell streben wir keine Neubewertung an.

17. Kultur

Werden Sie Möglichkeiten zu kulturellen Festivals mit speziellen LSBTIQ* Inhalten schaffen, z.B. eine queere Kulturwoche?

Wir setzen uns für eine breite, verlässliche Kulturförderung ein, die auch queere Kultur sichtbar macht.

Wie beurteilen Sie die Möglichkeiten einer landesweiten Kunst-Preis Auslobung zur Förderung der Akzeptanz queerer Menschen?

Wir begrüßen es, wenn die vielfältigen Initiativen und Vereine in Rheinland-Pfalz entsprechende Preise ausloben.

18. Gedenken und Erinnern

Welche Maßnahmen werden Sie unternehmen, dass in der Erinnerungskultur allen Opfern der NS-Diktatur gedacht wird und dass die Verfolgung in der Nachkriegszeit in den Gedenk- und Erinnerungsorten von RLP gleichermaßen thematisiert wird?

Die fortwährende Erinnerung an die Gräueltaten der NS-Zeit und die Lehren daraus sind und bleiben zentrale Aufgabe des Staates und der Zivilgesellschaft. Dabei muss den verfolgten Gruppen in ihrer umfassenden Vielfältigkeit gedacht werden. Der verpflichtende schulische Besuch einer Gedenkstätte trägt zu einer Sensibilisierung bei.

Werden Sie die Einrichtung eines Beirats der Verfolgtenorganisationen bei der Landeszentrale für pol. Bildung unterstützen und fördern?

Die Arbeit der Landeszentrale für politische Bildung begrüßen wir und führen wir gerne fort.

Werden Sie sich dafür einsetzen, dass im Rahmen der Demokratieförderung auch verpflichtend die gesellschaftliche Vielfalt (inkl. queerer Menschen) thematisiert wird?

Im Zuge der Demokratieförderung – bspw. an Bildungseinrichtungen – wird auch die gesellschaftliche Vielfalt behandelt.

Werden Sie sich für eine Repräsentation marginalisierter Gruppen im Kuratorium der Landeszentrale für pol. Bildung und der Landeszentrale für gesundheitliche Aufklärung einsetzen?

Ja.